

247

DEUTSCH-ASIATISCHE BANK



1970

WIR GESTATTEN UNS,
IHNEN DEN GESCHÄFTSBERICHT FÜR DAS
JAHR 1970 ZU ÜBERREICHEN

DEUTSCH-ASIATISCHE BANK
DER VORSTAND

Prof. V. K...

DEUTSCH-ASIATISCHE BANK

Gegründet 1889

Die Deutsche Asiatische Bank AG ist am 1. Juni 1971, 12 Uhr,
in Sitzungsform Nr. 101 der Handelskammer Hamburg,
Adolphplatz, 50765, gegründet.

ORDENTLICHE HALBVERSAMMLUNG

1. Vorlage des Geschäftsberichts und des festgestellten
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1970
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2. Beschlussfassung über die Verwendung des
Ertragsüberschusses

3. Wahlprüfung des Aufsichtsrats
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands
und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1970

5. Einsetzung zum Aufsichtsrat

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR

– 1970 –

Tagesordnung

für die am Donnerstag, dem 12. August 1971, 12 Uhr,
im Sitzungssaal Nr. 101 der Handelskammer Hamburg,
Adolphsplatz, Börse, stattfindende

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

1.

Vorlage des Geschäftsberichts und des festgestellten
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1970
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2.

Beschlußfassung über die Verwendung des
Bilanzgewinns

3.

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands
und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1970

4.

Ersatzwahl zum Aufsichtsrat

5.

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1971

Aufsichtsrat

Dr. Paul Krebs, Frankfurt/Main
Vorsitzender
Generalbevollmächtigter der Deutsche Bank AG

Horst Schmeling, Hamburg
stellv. Vorsitzender
Direktor der Dresdner Bank AG

Heinrich Freiherr v. Berenberg-Gossler, Hamburg
Persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses
Joh. Berenberg, Gossler & Co.

Michael v. Brentano, Frankfurt/Main
Direktor der Berliner Handels-Gesellschaft
— Frankfurter Bank —

Horst Frenschkowski, Frankfurt/Main
Direktor der Commerzbank AG

Manfred Freiherr v. Oppenheim, Köln
Persönlich haftender Gesellschafter des
Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Hans Heinrich Waitz, Hamburg
Persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Dr. Paul Witting, Wilhelmshaven
Bankdirektor i. R.

Von den Arbeitnehmern gewählt:

Hans-Jürgen Hansen, Ahrensburg
(bis 1. 9. 1970)

Hans Nicolai, Lütjensee bei Hamburg

Jürgen Niemann, Hamburg
(ab 10. 11. 1970)

Peter Ruge, Hamburg

Rosemarie Scheyer, Hamburg

Vorstand

Dr. Karl Blomeyer, Hamburg (bis 31. 12. 1970)

Dietrich E. Groß, Hamburg (ab 12. 10. 1970)

Benno Vormwald, Hamburg

Zentrale und Filiale Hamburg

Hamburg 1
Rathausstraße 7

Auslandsniederlassungen

Hongkong Hongkong
 Hang Chong Building
 5, Queen's Road, C.
 Filialleitung: Jürgen Langmaack (bis 30. 6. 1971)

Indonesien Djakarta
 80, Djl. Imam Bondjol
 Filialleitung: Heinz Günter Jungjohann

Malaysia Kuala Lumpur
 11, Leboh Ampang
 Filialleitung: Hans-Ulrich Liebert

Pakistan Karachi
 American Life Square
 off I. I. Chundrigar Road
 Filialleitung: Jürgen Boldt



Hamburg: Jungfernstieg



Bericht des Vorstandes

I.

Insgesamt gesehen war 1970 für Ostasien ein *befriedigendes Wirtschaftsjahr*. Allerdings wurden in einigen Staaten die wirtschaftlichen Entwicklungsschritte wiederum durch soziale und politische Konfliktsituationen spürbar beeinträchtigt. Das gilt namentlich für Pakistan. Die regionalen Wachstumsunterschiede waren daher auch aus diesen Gründen erneut groß. Die vom Vietnam-Krieg direkt betroffenen Länder konnten noch immer nicht zu einer Friedenswirtschaft zurückkehren.

Obwohl sich der wertmäßige Anstieg des *Welthandels* im Berichtsjahr praktisch mit der gleichen Rate wie 1969 (14 %) fortsetzte, fiel die Exportzunahme bei den Entwicklungsländern schwächer aus. Vor allem das Absinken der Produktion in den Vereinigten Staaten führte zu einer geringeren Nachfrage nach industriellen Rohstoffen. Die meisten Rohstoffpreise waren seit dem Frühjahr 1970 sogar rückläufig, so daß sich die Terms of Trade für die Entwicklungsländer verschlechterten.

Als relativ unempfindlich gegen diese ungünstigen äußeren Einflüsse erwiesen sich die stark exportabhängigen Volkswirtschaften Indonesiens und Malaysias. Besonders Indonesien erzielte ermutigende Ausfuhrergebnisse. Das Beispiel beider Länder zeigt deutlich, wieweit während der vergangenen Jahre in *Südostasien* bereits die Grundlagen für eine wirtschaftliche Modernisierung bzw. Rehabilitierung gelegt worden sind. Die Rezession in den USA sowie die Verminderung der amerikanischen Militärpräsenz in der Region tangierte dagegen Thailand und die Philippinen schärfer. Singapur ist andererseits offenbar in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus dem begonnenen Truppenabzug ergeben, ohne größere Schwierigkeiten zu meistern. Die kleine Inselrepublik entwickelt sich mehr und mehr zum Finanz- und Industriezentrum Südasiens.

Die *Devisenlage* verschiedener fernöstlicher Entwicklungsländer hat sich auf den ersten Blick etwas verbessert, vor allem durch die Einsparung von Nahrungsmittelimporten als Folge der „grünen Revolution“. Gefährdet werden können diese Erfolge jedoch in den kommenden Jahren durch den drückenden Schuldendienst. So überstiegen die Zahlungen auf öffentliche Auslandsschulden der ost- und südasiatischen Entwicklungsländer zwischen 1968 und 1969 die Grenze von 1 Milliarde US\$ und beanspruchten

teilweise bereits bis zu einem Fünftel der Ausfuhrerlöse. Die Weltbank schätzt, daß sich der künftige jährliche Schuldendienst dieser Länder bis 1975 in der Größenordnung von 1,2 Milliarden US\$ bewegen wird. Um die daraus resultierende Belastung für die nationalen Zahlungsbilanzen in vertretbaren Grenzen zu halten, wird die Wirtschaftspolitik in diesem Raum vorrangig darauf bedacht sein müssen, ein günstigeres Verhältnis von Aus- und Einfuhren herzustellen.

Die Politik einer stärkeren Exportorientierung anstelle des Prinzips der Importsubstitution (Ersetzung von Einfuhren durch Inlandsproduktion) wird in einer umfangreichen Untersuchung empfohlen, die von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in Auftrag gegeben worden war. Unter dem Titel „*Südasiens Wirtschaft in den siebziger Jahren*“ werden in der jetzt vorgelegten Studie die wichtigsten Probleme behandelt, denen sich die acht untersuchten Länder der Region – Indonesien, die Republik Khmer (Kambodscha), Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und die Republik Vietnam – im laufenden Jahrzehnt voraussichtlich gegenübersehen werden. Es wird u. a. festgestellt, daß die Länder Südasiens in den siebziger Jahren mit einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung rechnen können. Die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach den Rohstoffen dieser Länder werde laufend steigen. Die Deckung des zunehmenden Weltbedarfs aus den reichen Reserven der Region müsse daher dauerhaft sichergestellt werden. Die neue Strategie der Industrialisierung bestehe darin, vermehrt verarbeitete oder bearbeitete Erzeugnisse der Land-, Forst- und Plantagenwirtschaft sowie des Bergbaus zu exportieren. Das Konzept der Importsubstitution habe sich oft als verfehlt erwiesen und zu Verzerrungen geführt.

Die *Asiatische Entwicklungsbank* will deshalb in Zukunft bei der Projektauswahl auf den Gesichtspunkt der Stärkung der Exportkraft besonderes Gewicht legen. Die Darlehenszusagen der Bank wiesen 1970 erneut eine beträchtliche Zunahme auf. Sie erhöhten sich um 150 % auf rund 245 Millionen US\$. Insgesamt erreichten damit die zugesagten Darlehen am Ende des Berichtsjahres den Betrag von rund 385 Millionen US\$, der sich auf 59 Vorhaben in 15 Mitgliedstaaten verteilt. Damit ist die Bank, der mit dem Beitritt Frankreichs nunmehr sämtliche größeren Industrie- und Kapitalexportländer Westeuropas angehören, innerhalb der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von vier Jahren neben der Weltbank in die Rolle der bedeutendsten Entwicklungshilfe-Institution für Asien hineingewachsen. Sie trägt durch die von ihr finanzierten Projekte mehr und mehr dazu bei, die Leistungsfähigkeit Ostasiens zu steigern und damit auch die wirt-

schaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit dem Westen zu verstärken.

Der *deutsche Warenaustausch mit den Ländern Ostasiens* (einschließlich Pakistans) hat sich im Jahre 1970 etwa im gleichen Verhältnis ausgeweitet wie der gesamte deutsche Außenhandel. Der Handelsumsatz mit Ostasien (Ein- und Ausfuhr) stellte sich auf gut 11 Milliarden DM. Er lag somit um rund 1,1 Milliarden DM oder 11 % höher als im Jahre 1969. Maßgeblichen Anteil hieran hatte wiederum die Expansion des Warenverkehrs mit Japan. Von den übrigen bedeutenden Bezugs- und Absatzmärkten in Ostasien schnitten vor allem Hongkong, Indien, Malaysia und Singapur überdurchschnittlich ab. Stagnierend oder rückläufig gestaltete sich der Handel erneut mit der Volksrepublik China sowie mit Pakistan und den Philippinen. Den größten Nettozugang bei den *Direktinvestitionen* der deutschen Wirtschaft hatte nach Japan 1970 Indonesien mit +8,1 Millionen DM aufzuweisen. —

Die wirtschaftliche Lage der Länder, in denen wir eigene Niederlassungen unterhalten (Bundesrepublik Deutschland, Hongkong, Indonesien, Malaysia und Pakistan) oder durch einen Delegierten vertreten sind (Singapur), wurde im einzelnen durch folgende Tendenzen bestimmt:

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die deutsche Wirtschaft befand sich 1970 in der *Spätphase der fünften Hochkonjunktur* der Nachkriegszeit. Der Mangel an Arbeitskräften — die Zahl der ausländischen Gastarbeiter näherte sich der Grenze von 2 Millionen — begrenzte die Ausweitung des Güterangebots recht spürbar. Darüber hinaus machten sich zeitweise Kapazitätsengpässe in manchen Bereichen der Industrie bemerkbar. Real gesehen wuchs daher das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik nur noch um 4,9 % gegenüber 8,1 % im Vorjahr. Die Überbeanspruchung der Produktivkräfte äußerte sich in einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 7,4 %.

Das besorgniserregende Ausmaß dieses *Preisauftriebs* wird nicht dadurch gemildert, daß der im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte demgegenüber im Durchschnitt des Berichtsjahres „nur“ um 3,8 % höher lag als 1969. Denn einmal erfaßt dieser Maßstab lediglich einen Teil aller Waren und Dienstleistungen, zum anderen schlagen Erhöhungen der Erzeugerpreise in der Regel erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf der Verbraucherebene durch. Für 1971 ist deshalb eher noch mit einem Nachholbedarf an Erhöhungen bei den Verbraucherpreisen zu rechnen.

Haupttriebkraft für die inflatorischen Tendenzen war eine Lohn- und Gehaltsentwicklung, die den Rahmen des Zutraglichen sprengte. Das veranschaulicht folgende Gegenüberstellung: Während sich die Produktivität der Wirtschaft — gemessen am Produktionsergebnis je Erwerbstätigen — nur um 3½ % erhöhte, nahmen die Effektivverdienste 1970 um 14½ % zu. Die Folge war eine Erhöhung der Lohnkosten je Produktionseinheit um 11 %. Die Unternehmen konnten diese zusätzliche *Arbeitskostenbelastung* nicht voll auffangen, obwohl die Umsätze weiter wuchsen und, soweit es die jeweilige Marktlage gestattete, die Preise dem Kostentrend angepaßt wurden. Der erhebliche *Druck auf die Gewinnmargen*, der nicht allein der Kostenseite, sondern auch der DM-Aufwertung im Oktober 1969 anzulasten war, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß der Fiskus an Körperschaftsteuer 20 % weniger einnahm als im Vorjahr. Aufgrund der unbefriedigenden Gewinnsituation kühlte sich die unternehmerische Investitionsneigung im Laufe des Berichtsjahres zusehends ab.

Um einer weiteren Erosion des Geldwertes entgegenzuwirken, verfolgte die Deutsche Bundesbank als Hüterin der Währung in der ersten Hälfte des Jahres 1970 eine äußerst *restriktive Kreditpolitik*. Sie setzte im März den Diskontsatz von 6 auf 7½ % und den Lombardsatz von 9 auf 9½ % herauf. Aufgrund dieser „Krisensätze“ strebte das Zinsniveau an den inländischen Kreditmärkten in den folgenden Monaten seinem höchsten Stand seit 1945 zu. Die Zinsen für Kontokorrentkredite kletterten bis auf 12 % p. a. Die Wirtschaft geriet somit auch von der Zinsseite her in eine bedrohliche Kostenzange. Am Kapitalmarkt stellten sich ebenfalls negative Rekorde ein. So mußten neue inländische Rentenwerte, um angesichts der Liquiditätsverknappung Absatz zu finden, vorübergehend mit Renditen bis zu 8,8 % ausgestattet werden. Die Aktienkurse waren unter dem Eindruck der Zinsentwicklung sowie der rückläufigen Gewinnerwartungen der meisten Gesellschaften um rund 23 % rückläufig.

Im Kampf um die Wiedergewinnung der Stabilität erhielt die Bundesbank durch die *staatliche Finanzpolitik* keine ausreichende Unterstützung, wengleich sich die Bundesregierung bemühte, durch spezielle Maßnahmen zur Nachfragedämpfung beizutragen. Per Saldo wirkte jedoch die öffentliche Hand mit ihren Finanztransaktionen nicht antizyklisch, wie es den Erfordernissen entsprochen hätte, sondern dehnte ihre Ausgaben mit +11 % sogar noch etwas stärker als im Vorjahr aus.

Mit dem Übergang zur Politik des billigen Geldes in den USA sah sich die deutsche Notenbank ab Sommer 1970 zunehmend vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Kreditrestriktionen gegen zinsinduzierte *Geldzuflüsse aus dem Ausland* zu verteidigen. Sie versuchte eine Lösung dieses Dilemmas, indem sie den Diskontsatz bis Dezember in drei Stufen auf 6 % zurücknahm, um so das Zinsgefälle zu den sinkenden Eurogeldsätzen zu vermindern. Spezielle Mindestreserven-Erhöhen, welche die Banken hart trafen, sollten gleichzeitig den Liquiditätszustrom aus dem Ausland aus Geldaufnahmen der Banken behindern. Diese Maßnahmen konnten die direkte Kreditaufnahme der Industrie im immer noch zinsgünstigen Euro-Markt jedoch nicht unterbinden, so daß sich im weiteren Verlauf eine zunehmende Liquiditätsauflockerung im Inland zeigte.

Die erwähnten Kreditaufnahmen der Wirtschaft im Ausland hatten zur Folge, daß sich die *Währungsreserven* der Bundesbank – trotz der DM-Aufwertung vom Oktober 1969 – um fast 23 Milliarden DM erhöhten und Ende 1970 mit 49 Milliarden DM einen neuen Höchststand erreichten. Zu Nichtbanken allein dürfte der Gegenwert von etwa 16 Milliarden DM geflossen sein. Wenn im Zusammenhang mit dieser Mittelbeschaffung der Unternehmen aus ausländischen Quellen Bedenken geäußert worden sind, dann sowohl wegen des Ausmaßes und damit ihrer Gegenwirkung gegen die restriktive Politik der Bundesbank als auch wegen der überwiegend kurzfristigen Natur der hereingenommenen Mittel und dem damit eventuell verbundenen Finanzierungsrisiko.

Die deutsche *Außenhandelsbilanz* schloß für das Jahr 1970 mit einem nahezu unveränderten Aktivsaldo von 15,7 Milliarden DM ab. Ihre Stellung als zweitgrößte Welthandelsnation nach den USA und vor Großbritannien konnte die Bundesrepublik Deutschland behaupten. Die wertmäßigen Zuwachsraten bei den deutschen Lieferungen und Bezügen fielen aber geringer als im Vorjahr aus. Während die Ausfuhren um rund 10 % (nach 14 %) wuchsen, stiegen die Einfuhren um 12 % (nach 21 %). Der Anteil der Entwicklungsländer am deutschen Außenhandel wies erneut eine sinkende Tendenz auf. Die allgemeinen Exporterwartungen für 1971 sind, sieht man von den noch vorhandenen Beständen an Auslandsaufträgen ab, gedämpft. Der Zwang zu unveränderter preislicher Wettbewerbsfähigkeit trotz der Kostenexplosion hat sich bereits auf die Ertragslage der Unternehmen ausgewirkt.

Deutsche Gesamtausfuhr 1970: 125,3 (113,6) Milliarden DM
 Deutsche Gesamteinfuhr 1970: 109,6 (98,0) Milliarden DM

1 DM = 0,273224 US\$ }
 1 US\$ = 3,66 DM } Stand: 31. 12. 1970

HONGKONG

Dem weltweiten inflationären Preisauftrieb konnte sich auch Hongkong nicht entziehen. Per Ende Dezember 1970 ergab sich ein rechnerischer Indexanstieg der Verbraucherpreise um 6 % gegenüber Jahresbeginn. Die effektive Erhöhung der Lebenshaltungskosten dürfte indessen noch größer gewesen sein. Alles in allem war aber 1970 für die britische Kronkolonie wiederum ein *erfolgreiches Wirtschaftsjahr*. Allerdings zeichneten sich gegen Ende des Berichtsjahres erste Anzeichen für eine Verminderung des bisherigen Wachstumstempos ab. Es kam zu einer Abschwächung des Exportanstiegs. Der gesamte jährliche *Exportzuwachs* belief sich auf „nur“ noch 17,4 % (nach Steigerungsraten von jeweils ungefähr 25 % in den Jahren 1968 und 1969).

Verantwortlich für diese Dämpferserscheinungen waren weniger abnehmende Wettbewerbsfähigkeit als vielmehr konjunkturelle Schwierigkeiten einiger wichtiger Partnerländer, insbesondere Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Beide Länder nehmen zusammen über die Hälfte der Hongkonger Erzeugnisse ab, die USA allein zwei Fünftel. Nachlassende Verkäufe auf diesen beiden Hauptmärkten mußten daher das Gesamtausfuhrergebnis und die Produktion fühlbar beeinflussen. Mit der Bundesrepublik Deutschland, dem drittgrößten Abnehmer (8 %), entwickelte sich dagegen der Warenverkehr in beiden Richtungen weiterhin überdurchschnittlich. Hongkong ist nunmehr nach Japan der *bedeutendste deutsche Handelspartner im ostasiatischen Raum* vor China und Indien. Einen festen Platz haben seine Produkte namentlich im Angebot deutscher Versand- und Kaufhäuser. Zur Vertiefung der gegenseitigen Handelsbeziehungen eröffnete der Hong Kong Trade Development Council im Frühjahr 1970 ein ständiges Büro in Frankfurt/Main.

Angesichts der noch immer beachtlichen Ausfuhrsteigerung setzte auch der *industrielle Sektor* seinen Aufschwung fort. Die Zahl der registrierten Industriebetriebe verzeichnete im Berichtsjahr erneut einen kräftigen Anstieg um fast 2500 auf 17 239 Unternehmen. Die Gefahren, die in einer übermäßigen Expansion liegen können, wurden jedoch am Beispiel der Perückenindustrie deutlich, die in den letzten Monaten von 1970 einen Rückschlag hinnehmen mußte. Rückläufige Bestellungen aus den USA und scharfer Preiswettbewerb durch andere ostasiatische Herstellerländer zwangen zu zahlreichen Betriebschließungen (meistens sog. Sub-Contractors) und zu Entlassungen. Der größte Teil der davon betroffenen Arbeitskräfte fand in der Textilindustrie oder in anderen Branchen neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Im

großen und ganzen hielten nämlich die Tendenzen zur Verbreiterung der Industriestruktur sowie die daraus resultierende Diversifizierung der Ausfuhr an. Der Anteil der Textil- und Bekleidungswaren hat sich dementsprechend weiter leicht verringert und beträgt jetzt nur noch gut 45 % des Gesamtexports.

Trotz zunehmender Konkurrenz seitens verschiedener Nachbarstaaten und des Fehlens besonderer Vergünstigungen scheint die Anziehungskraft der Kronkolonie als asiatischer Industriestandort für *ausländische Investoren* kaum gesunken zu sein. Diese Annahme läßt jedenfalls die Zahl der neuen Investitionsanfragen und geplanten Vorhaben zu. Mit dem Übergang zur Vollbeschäftigung und dem damit auftauchenden Arbeitskräfteproblem hat sich der Schwerpunkt bei den Neugründungen naturgemäß verstärkt auf kapitalintensivere Projekte verlagert. Über den Umfang und die Bedeutung von ausländischen Investitionen in der Industrie – dieser Wirtschaftszweig erzeugt insgesamt ungefähr die Hälfte des Volkseinkommens des Stadtstaates – gibt eine Untersuchung der Wirtschaftsverwaltung Aufschluß, die mit dem Stand vom Mai 1970 abgeschlossen wurde. Danach errechnet sich für die ausländischen Industrieinvestitionen ein Wert von rund 650 Millionen HK\$. Ihr direkter Anteil an der Warenausfuhr belief sich 1969 auf 12 %, wobei es sich überwiegend um elektronische Produkte handelte. Die ausländischen Fertigungsbetriebe spielen also nach der Statistik für die Gesamtwirtschaft nicht die ausschlaggebende Rolle, wie häufig vermutet wird. Ihre größten Vorteile für Hongkong dürften wohl vor allem in der Vermittlung von Know-how zu sehen sein, weshalb die offiziellen Stellen gerade solche Investitionen des Auslandes begrüßen, die mit der Einfuhr moderner Technologie verbunden sind. Weit an der Spitze der ausländischen Investoren liegen bislang die USA vor Japan und Großbritannien.

Unverändert lebhaft war 1970 die *Einfuhrnachfrage*, besonders nach Maschinen und Transportmitteln. Sie war u. a. Ausdruck der Rationalisierungsbemühungen, durch die die Unternehmer die verhältnismäßig starken Lohnkostensteigerungen mit Hilfe höherer Produktivität wenigstens teilweise aufzufangen versuchen. Im Zusammenhang mit der Einfuhrentwicklung verdient besondere Erwähnung, daß Hongkong schon 1969 der größte Importeur Asiens nach Japan geworden war.

Diese Tatsache mag *ausländische Banken* mit dazu bewogen haben, hier weitere elf neue Repräsentanzen zu eröffnen. Die Gesamtzahl der Vertretungsbüros ausländischer Kreditinstitute am Hongkonger Bank-

platz erhöhte sich dadurch auf 32. Die Kredite und Einlagen der 70 lizenzierten Banken (31 lokale und 39 ausländische Institute) nahmen erneut kräftig zu, und zwar jeweils um über 20 %.

Ausgeprägt war ebenfalls wiederum der Trend der Hongkong-Unternehmen zur Umwandlung in Aktiengesellschaften. Beinahe in jedem Monat suchte eine neue Gesellschaft um Zulassung ihrer Aktien an den *Wertpapierbörsen* nach. Das hektische Käuferinteresse an neuen Aktien hat aber nachgelassen, so daß die Aktienemissionen zwar noch allesamt überzeichnet waren, sich jedoch der Vorjahresrekord, als Überzeichnungen bis zum 180-fachen des angebotenen Materials zu beobachten waren, nicht wiederholte.

Zu den *Problemen*, denen sich Hongkong Ende 1970 gegenüber sah, gehört neben dem noch immer drohenden protektionistischen US-Handelsgesetz („Mills Bill“) die Gefahr, daß die Produkte des Stadtstaates von den vorgeschlagenen allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer ausgeschlossen werden. Dies würde zweifellos die Exportkraft der Kronkolonie beeinträchtigen. Wegen der außerordentlich starken Außenhandelsabhängigkeit dürften die gegenwärtig rege Bauwirtschaft sowie der blühende Tourismus nur einen temporären Ausgleich bieten. Die Besucherzahl Hongkongs ist im Berichtsjahr nochmals erheblich angeschwollen. Für die über 900 000 Besucher standen ca. 8000 Hotelzimmer zur Verfügung, die im Jahresdurchschnitt zu 90 % belegt waren. Im Bau befinden sich zur Zeit etwa 3500 neue Hotelzimmer. Wichtige Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur im Verkehrsbereich stellen der Bau des Hafentunnels, der planmäßig voranschreitet, sowie die Verlängerung der Flugplatzlandebahn dar. Zur Lösung seiner Verkehrsprobleme erwägt Hongkong darüber hinaus den Bau einer U-Bahn.

Deutsche Ausfuhr 1970: 394,3 (355,6) Millionen DM

Deutsche Einfuhr 1970: 692,1 (574,9) Millionen DM

1 Hongkong\$ = 0,6039 DM
1 DM = 1,6559 HK\$ } Stand: 31. 12. 1970

INDONESIEN

Das wirtschaftliche Bild, das Indonesien zur Zeit bietet, ist im großen und ganzen recht erfreulich. Der *Gesundungsprozeß* schreitet deutlich voran. Dennoch ließ sich das Berichtsjahr nicht ganz ohne innenpolitische Schwierigkeiten an. Die merkliche Anhebung der Verbraucherpreise für Benzin, Brennöl und Erdöl-erzeugnisse, zu der sich die Regierung aus Haushaltsgründen gezwungen sah, bildete im Januar den Anlaß für Straßendemonstrationen indonesischer Studenten. Ihre Proteste brachten dabei auch das verbreitete Unbehagen über das noch nicht gelöste Korruptions-

problem zum Ausdruck. Die Entscheidung von Präsident Suharto, eine vierköpfige Kommission einzusetzen, die Vorschläge für Antikorruptions-Maßnahmen erarbeiten soll, wurde deshalb in der indonesischen Öffentlichkeit sehr begrüßt.

Die wirtschaftliche Stabilisierungsperiode, die im Oktober 1966 mit einem konsequenten Reformprogramm der neuen Regierung eingeleitet wurde, kann nunmehr im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Sozusagen als Schlußpunkt der erfolgreichen monetären Stabilisierungsbemühungen – die jährliche Inflationsrate lag erneut unter 10 % – erfolgte im April 1970 eine *Vereinheitlichung der Wechselkurse*. Die bisherigen beiden Devisenmärkte – Bonus Export (BE) und Devisa Pelengkap (DP) – wurden zu einem neuen Markt, dem „Allgemeinen Devisenmarkt“ (Devisa Umum) zusammengelegt. Über ihn werden jetzt alle Handels-, Kapital- und Dienstleistungstransaktionen abgewickelt, und zwar zu einem einheitlichen Kurs, der im Grundsatz durch Angebot und Nachfrage an der Devisenbörse in Djakarta bestimmt wird, bisher aber durch Marktoperationen der Bank Indonesia bei 1 US\$ = 378 Rp. stabil gehalten wurde. Nur am Rande sei erwähnt, daß für mit Auslandshilfe finanzierte Importe bis Dezember noch ein Vorzugskurs von 1 US\$ = 326 Rp. (früherer BE-Kurs) zur Anwendung kam, der aber dann abgeschafft wurde. Eine feste Währungsparität der Rupiah ist bislang mit dem Internationalen Währungsfonds nicht vereinbart worden.

Die wirtschaftlichen Fortschritte, die Indonesien 1970 gemacht hat, spiegeln sich wohl mit am sichtbarsten im *Außenhandel* wider. Trotz der fallenden Kautschukpreise verbesserten sich die Exporteinnahmen um rund 17 % auf 1163 Millionen US\$. Wichtigstes Ausfuhrgut war wieder Mineralöl mit einem Anteil von 426 Millionen US\$. Stark nach vorn geschoben hat sich daneben neuerdings die Rundholzausfuhr (+89 %), nachdem zahlreiche Firmen die Konzession zum Holzeinschlag erhalten haben und erstmals größere Verschiffungen erfolgten. Infolge der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung ist der Importbedarf des Landes gewaltig. Ohne die Direktimporte der Erdölgesellschaften erhöhten sich die Importausgaben um fast ein Viertel auf 1130 Millionen US\$. Steil angestiegen sind vor allem die Kapitalgütereinfuhren, worin ein Indiz für die rege Investitionstätigkeit zu sehen ist.

Gut 15 % der Importe wurden übrigens 1970 bereits über den sog. *Merchant's Letter of Credit* abgewickelt, der im Mai von der Bank Indonesia eingeführt worden war. Dieses neue Instrument der Einfuhrfinanzierung ermöglicht den indonesischen Importeuren die Auf-

nahme kurzfristiger ausländischer Lieferantenkredite. Es handelt sich jedoch beim Merchant's L/C nicht um das Zahlungsversprechen einer Bank, sondern lediglich um das in die äußere Form eines Akkreditives gekleidete Verpflichtungsschreiben eines indonesischen Importeurs, die Inkassodokumente kontraktgemäß zu honorieren.

Im Berichtsjahr wurden von der Regierung wieder zahlreiche *Investitionsvorhaben des Auslandes* gebilligt. Weit an der Spitze standen Projekte in der Industrie. Das Gesamtvolumen der genehmigten Investitionen während der vier Jahre 1967/70 beläuft sich auf 1339 Millionen US\$ (ohne Erdöl und Banken). Die Verwirklichung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Tatsächlich investiert dürften bis jetzt ungefähr 200 Millionen US\$ sein. Als gewisses Gegengewicht gegen die bisher dominierenden amerikanischen und japanischen Investoren würde auf indonesischer Seite gern ein stärkeres Engagement europäischer Unternehmen gesehen werden. Aus der Bundesrepublik Deutschland liegen Zusagen über Kapitalanlagen in Höhe von 19 Millionen US\$ vor (verteilt auf 17 Projekte). Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-indonesischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wurden 1970 aufgenommen. Mit dem formellen Inkrafttreten des schon 1968 abgeschlossenen deutsch-indonesischen Investitionsförderungsvertrages ist im Laufe von 1971 zu rechnen.

Neben der Tätigkeit der großen internationalen Gesellschaften fällt die nicht geringe Zahl kleinerer und mittlerer Investitionen auf, die von Unternehmern aus Nachbarstaaten wie Hongkong und Singapur in Angriff genommen werden. Offenbar übt das sehr niedrige indonesische Lohnniveau mit Tagessätzen von 0,60 bis 1,- US\$ hierbei einen Anreiz aus. Um das *Investitionsklima* weiter zu verbessern, wurde vor kurzem u. a. der Spitzensatz der Körperschaftssteuer von 60 % auf 45 % gesenkt. Für Investitionen in neuen Unternehmungen auf Sektoren, denen die Regierung Priorität zuerkennt, kann die Steuer-Freiperiode maximal bis zu sechs (bisher fünf) Jahre betragen.

Dem erfolgreichen Beispiel anderer ostasiatischer Entwicklungsländer folgend, ist die indonesische Regierung um die Errichtung von *Industriezonen* bemüht, in denen Investoren erschlossene Industriegrundstücke zur Verfügung stehen. Vielversprechende Aussichten, ein neues indonesisches Industriezentrum zu werden, besitzt die an der Südküste Zentraljavas gelegene Hafenstadt Tjilatjap. Besonders australische Firmen zeigen großes Interesse an dem Ausbau Tjilatjaps, wobei natürlich die ideale geographische Ausgangslage zum fünften Kontinent eine Rolle spielt.

Ungeachtet der wachsenden Exporte und der steigenden ausländischen Direktinvestitionen ist die *Zahlungsbilanz* nach wie vor eine schwache Stelle der indonesischen Volkswirtschaft. Ihr Ausgleich ist fast ganz von Auslandskrediten abhängig. Die Bundesrepublik Deutschland hat Indonesien 1970 Kapitalhilfe in Höhe von 120 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Die in der Inter-Governmental-Group-on-Indonesia (IGGI) zusammengeschlossenen westlichen Gläubigerländer diskutierten Ende 1970 in Rotterdam den indonesischen Kreditbedarf für das Finanzjahr 1971/72, das am 1. April beginnt. Sie akzeptierten dabei Zahlungsbilanzprojektionen, die von einem indonesischen Bedarf an Auslandshilfe in Höhe von 640 (600) Millionen US\$ ausgehen. Auf der Konferenz ließ der Vertreter des Internationalen Währungsfonds durchblicken, daß die Hauptprobleme des Inselreichs heute nicht so sehr in der Gefahr eines Wiederauflebens der Inflation lägen, sondern in erster Linie in noch bestehenden Unvollkommenheiten auf administrativem Gebiet.

Zu den wichtigen Ereignissen des Jahres 1970 gehörte für Indonesien schließlich die *Schuldenregelung* auf der Basis des Abs-Planes. Bekanntlich sieht dieses Schema im wesentlichen vor, daß Indonesien seine sog. Altschulden in einem Zeitraum von 30 Jahren abtragen kann. Der deutsche Anteil an dieser Umschuldungsaktion beziffert sich auf rund 522 Millionen DM. Einer ähnlichen Regelung – Verlängerung der Rückzahlungspflicht auf 30 Jahre – hat inzwischen auch die Sowjetunion, mit 800 Millionen US\$ der größte Einzelgläubiger Indonesiens, zugestimmt.

Die Weichen für Indonesiens wirtschaftliche Zukunft sind somit auch in dieser Hinsicht nicht schlecht gestellt. Einer politischen Bewährungsprobe geht das Land nun mit den *Wahlen* im Juli 1971 entgegen.

Deutsche Ausfuhr 1970: 337,0 (263,2) Millionen DM
 Deutsche Einfuhr 1970: 364,8 (434,9) Millionen DM

1 Rupiah = 0,0096 DM } Stand: 31. 12. 1970
 1 DM = 103,94 Rp. }

MALAYSIA

Entgegen manchen Prognosen, die unter dem ersten Eindruck der Rassenunruhen von 1969 gestellt wurden, ist in Malaysia weder die Wirtschaft dauerhaft geschädigt noch die Demokratie zerstört worden. Für Mitte Februar 1971 war vielmehr der Wiederzusammentritt des Parlaments angekündigt, und der *wirtschaftliche Aufwärtstrend* setzte sich auch 1970 fort. Das reale Wachstum des Bruttosozialproduktes belief sich auf ungefähr 6%.

Innenpolitisch ist die Regierung durch einen gemäßigten Kurs in erster Linie darum bemüht, das

Verhältnis zwischen dem malaisischen und dem chinesischen Bevölkerungsteil zu normalisieren. Auf außenpolitischem Gebiet kam es zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit Indonesien. Im September des Berichtsjahres wurde Tun Abdul Razak, der bisherige stellvertretende Ministerpräsident, *neuer Regierungschef* der Föderation. Er löste Tunku Abdul Rahman ab, der die Geschicke des Landes seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1957 bestimmt hatte.

Der malaysische *Außenhandelsüberschuß* ist 1970 wesentlich geringer ausgefallen als im Vorjahr, war jedoch groß genug, um erneut für eine aktive Zahlungsbilanz zu sorgen. Die amtlichen Währungsreserven erhöhten sich um 50 auf 733 Millionen US\$ (unter Einschluß der zugeteilten IWF-Sonderziehungsrechte über 23 Millionen US\$). Die Reserven sind damit in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, was die gesunde Verfassung des Malaysischen Dollars nach außen unterstreicht. Die vorbildliche innere Preisstabilität blieb 1970 gleichfalls gewahrt. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag kaum über 1%.

Das verlangsamte Exportwachstum war die Folge rückläufiger Preise für Kautschuk. Die Nachfrage der Hauptabnehmer USA, Sowjetunion, China und Großbritannien stagnierte weitgehend. Der Durchschnittspreis (RSS I) fiel infolgedessen von 70 auf schätzungsweise 56 Cents per lb. Auf Basis des derzeitigen Exportniveaus bringt jeder Cent an Preisrückgang für Malaysia einen jährlichen Devisenausfall von fast 30 Millionen M\$ mit sich. Dennoch beurteilen malaysische Fachleute die Zukunft des Naturgummis keineswegs pessimistisch. Es wurden neue Methoden zur Rationalisierung der Erzeugung entwickelt, darunter die chemische Behandlung der Kautschukbäume. Vor allem aber macht die Produktion technisch spezifizierten Kautschuks, der den heutigen Qualitätsanforderungen der Verbraucher Rechnung tragen soll, weitere beträchtliche Fortschritte. Sein Anteil an den gesamten malaysischen Kautschukexporten erreichte 1970 bereits nahezu ein Fünftel und wird sich nach den Vorausschätzungen im Laufe der nächsten fünf Jahre bis auf die Hälfte erhöhen. Einen Beitrag zur Stabilisierung der Weltmarktpreise soll die kürzlich in Kuala Lumpur gegründete „Association of Natural Rubber Producing Countries“ leisten, der neben Malaysia noch Thailand, Indonesien, Ceylon, Singapur und Süd-Vietnam angehören. Die neue Organisation beabsichtigt gemeinsame Marketingmaßnahmen.

Die *Ausfuhr von Industrieerzeugnissen* verzeichnete im Berichtsjahr einen beachtlichen Sprung nach vorn. Die entsprechende Zuwachsrate wird auf ungefähr



Hongkong: Bau des Hafentunnels



Djakarta: Blick auf das Nationale Monument

36 % veranschlagt. Die wichtigsten Posten waren Erdöl- und Holzzeugnisse sowie Nahrungsmittel einschließlich Ananaskonserven. Die Bedeutung der industriellen Halb- und Fertigwaren im Rahmen des gesamten Exportangebotes ist aber noch nicht sehr groß (1970: 12 %).

Sichtbares Zeichen für das nach den Unruhen wiedergewonnene Vertrauen der privaten Wirtschaft war die außerordentlich *lebhaft*e Investitionstätigkeit. Nach Angaben des Finanzministers kletterten die Investitionsausgaben des privaten Sektors 1970 um fast 18 %, nachdem sie im Zeitraum 1965–1969 nur um durchschnittlich gut 4 % jährlich gewachsen waren. Mehr investiert wurde jetzt ganz besonders in der Bauwirtschaft und in der Industrie. Die kräftige Wiederbelebung der Investitionsneigung löste einen regelrechten Importboom aus, insbesondere natürlich für Kapitalgüter. Zu den Hauptlieferanten für Maschinen zählt auch die Bundesrepublik Deutschland.

Ähnlich wie die meisten Entwicklungsländer hat Malaysia mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Für den westlichen Landesteil wird die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 9 % geschätzt. Die staatliche Wirtschaftspolitik ist daher vorrangig auf die verstärkte Schaffung *neuer Arbeitsplätze* ausgerichtet. Als arbeitsintensiver Gewerbezweig soll auch der Tourismus gefördert werden. Da sich das allgemeine Investitionsklima wieder deutlich gebessert hat, stehen die Chancen für eine Verwirklichung der beabsichtigten Maßnahmen nicht schlecht. Ausländischen Investoren kommt die Regierung weit entgegen.

Sofern von der Exportseite her keine stärker dämpfenden Einflüsse ausgehen, dürfte das Jahr 1971 der malaysischen Wirtschaft ein weiteres ansehnliches Wachstum bringen.

Angesichts des wahrscheinlichen Beitritts von Großbritannien zum Gemeinsamen Markt hat Malaysia sein Interesse am Abschluß eines Präferenzabkommens mit der EWG bekundet, um eine befürchtete Benachteiligung seiner Exporte zu vermeiden. Die malaysischen Sorgen konzentrieren sich auf die Ausfuhr von Palmöl, Ananaskonserven sowie geschnittenem Nutzholz und Sperrholz. Allein etwa 30 % der gesamten malaysischen Palmölproduktion gehen nach Großbritannien. Die assoziierten afrikanischen Erzeugerländer genießen bekanntlich für ihre Palmölausfuhren in die Wirtschaftsgemeinschaft eine Vorzugsbehandlung.

Deutsche Ausfuhr 1970: 195,4 (152,3) Millionen DM
Deutsche Einfuhr 1970: 311,4 (250,7) Millionen DM

1 Malaysia\$ = 1,1956 DM
1 DM = 0,8364 M\$ } Stand: 31. 12. 1970

PAKISTAN

Innenpolitische Auseinandersetzungen überschatteten erneut das Wirtschaftsgeschehen. Nach fast einjährigem Wahlkampf fanden Ende 1970 *Wahlen* zur Nationalversammlung statt. Sie standen noch unter dem Eindruck der verheerenden Flutkatastrophe in Ostpakistan im November. Es waren die ersten freien und allgemeinen Wahlen in der 23jährigen Geschichte Pakistans. Sie sollten den Weg freimachen für eine künftige Zivilregierung und damit das Militärregime, das im Frühjahr 1969 unter Führung von General Yahya Khan die Macht übernommen hatte, auf demokratische Weise ablösen. Vorbedingung für den beabsichtigten Regierungsübergang war von vornherein die Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung durch das neugewählte Parlament sowie die Genehmigung der neuen Konstitution durch den Staatspräsidenten. In Frage gestellt wurde der Fortgang des Demokratisierungsprozesses jedoch schon bald durch die Spannungen zwischen dem westlichen und östlichen Landesteil, die sich nach dem Wahlausgang verschärften.

Trotz der innenpolitischen Schwierigkeiten und eines empfindlichen Preisanstiegs lesen sich die *gesamtwirtschaftlichen Fortschritte*, die im Finanzjahr 1969/70 (Juli bis Juni) zu verzeichnen waren, relativ günstig. So wuchsen, real gesehen, das Bruttosozialprodukt immerhin um 5,8 % und das Pro-Kopf-Einkommen um 3,2 %. Die absolute Höhe des Pro-Kopf-Einkommens erreicht jetzt 450 DM (auf Basis der offiziellen Parität).

Mitte 1970 endete der dritte pakistanische *Fünfjahresplan*. Die während seiner Laufzeit erzielten Ergebnisse entsprachen zwar nicht in vollem Umfang den gesetzten Zielen, doch waren sie insgesamt besser als die des zweiten Plans. Die Vorstellungen des laufenden vierten Plans sind wiederum hoch gesteckt. Kräftig erhöht werden sollen insbesondere die öffentlichen Entwicklungsgelder für das überbevölkerte Ostpakistan, um die wirtschaftliche Disparität zwischen den beiden 2000 km voneinander entfernten Landesteilen zu verringern. Ein spezielles Planziel ist die Schaffung von 7,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen.

Priorität räumte der dritte Plan vor allem der *Landwirtschaft* ein. Angestrebt wurde eine weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bis 1970. Für Westpakistan ist dies in Bezug auf Getreide inzwischen praktisch erreicht, so daß diese Region auf Weizenimporte nicht mehr angewiesen ist. Die mengenmäßige Steigerung der Agrarproduktion fiel 1969/70 mit über 6 % doppelt so hoch wie im Vorjahr aus, wobei nicht zuletzt besseres Saatgut und die zunehmende Ver-

- Die Kredite der Banken an Industrieunternehmen wuchsen im Berichtsjahr um über 50 % auf 739 Millionen S\$.

Die *Investitionswerbung* der Regierung hatte in der jüngsten Vergangenheit wieder beeindruckende Erfolge zu verzeichnen. Helfer war dabei in erster Linie das 1961 gegründete Economic Development Board (EDB), das übrigens seit Anfang 1970 ein Investitionsbüro in Frankfurt/Main unterhält. Weiter gefestigt wurde das Vertrauen der Geschäftswelt in die Zukunft des Stadtstaates auch durch den Entschluß der neuen Regierung in England, keinen vollständigen Truppenabzug aus Südostasien vorzunehmen. Wie Singapurs Finanzminister bei Vorlage des Budgets für 1971/72 (April bis März) bekanntgab, belief sich Anfang 1971 das gesamte Anlagevermögen des Auslandes in der verarbeitenden Industrie einschließlich der genehmigten Investitionsvorhaben auf schätzungsweise 1700 Millionen S\$. Ein Jahr zuvor hatte die tatsächliche Investitionssumme erst 600 Millionen S\$ betragen. Bis zur vollen Produktionsaufnahme der neuen Projekte werden jedoch zwei bis fünf Jahre vergehen. US-Firmen haben 1970 allein 17 Vorhaben über mehr als 540 Millionen S\$ angekündigt (Neu- oder Erweiterungsinvestitionen). Erfreulicherweise hat das Investitionsinteresse der deutschen Industrie in Bezug auf Singapur in letzter Zeit sichtbar zugenommen. Zur Intensivierung der schon bestehenden wirtschaftlichen und politischen Kontakte stattete Ministerpräsident Lee Kuan Yew der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1970 seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Die beiden wichtigsten Industriezweige Singapurs sind die Mineralölindustrie und der Schiffbau – ein Ergebnis des andauernden *Erdölbooms* in den südostasiatischen Küstengewässern. Die meisten der hier tätigen internationalen Erdölgesellschaften haben die Inselmetropole als ihr asiatisches Domizil gewählt. Aufgrund dieser Entwicklung verfügt Singapur heute über die größte Raffineriekapazität in Südostasien. Zugleich sind zahlreiche neue Zulieferindustrien entstanden. Sehr schnell ist in den letzten Jahren außerdem die Elektronikindustrie gewachsen. Besonders ist die Regierung aber am Aufbau einer großen petrochemischen Industrie interessiert.

Aufgrund der bisherigen Industrialisierungserfolge und der sehr regen Investitionstätigkeit der in- und ausländischen Firmen ist die Arbeitslosenquote in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gesunken. Sie wird zwar statistisch noch mit 7 % (ca. 40 000 Personen) ausgewiesen, doch ist diese Ziffer als wenig aussagekräftig anzusehen. Praktisch dürfte der Zustand der *Vollbeschäftigung* nahezu erreicht sein. In bestimmten Sektoren, besonders in der Bauwirtschaft, machten

sich im Laufe von 1970 schon gewisse Verknappungserscheinungen bemerkbar. Die Regierung trägt dieser Situation Rechnung, indem sie bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Ausländer – vor allem aus Malaysia – großzügig verfährt.

Um den hohen Anforderungen der Industrie zu entsprechen, hat sich die singapurische Regierung verstärkt der *Ausbildung* von technischen Arbeitskräften und qualifizierten Arbeitern angenommen. Aus dem Ausland erhielt sie hierzu Technische Hilfe und Stipendien für technische Ausbildung. Die Bundesrepublik Deutschland finanzierte beispielsweise die Erstellung einer Druckereifachschule.

Nicht zuletzt wegen der geringeren Arbeitsmarktreserven verfolgen die staatlichen Stellen seit Mitte 1970 eine *selektivere Investitionspolitik*. Die gewährten steuerlichen Anreize wurden nicht unwesentlich gekürzt. An ausländischen Investoren, die hauptsächlich der niedrigen Löhne wegen nach Singapur kommen (arbeitsintensive Produktionszweige), besteht staatlicherseits kein besonderes Interesse mehr. Der steuerbegünstigte Pionierstatus wird seitdem in der Regel nur noch solchen Investitionen zuerkannt, die kapitalintensive und exportorientierte Fertigungen nach Singapur ziehen und die zur Vermittlung von technischem Wissen und Können beitragen.

Das Volumen des sogenannten *Asia-Dollar-Marktes*, dessen Zentrum bekanntlich Singapur ist, erfuhr im Berichtsjahr eine erneute Ausweitung. Es dürfte sich Ende 1970 auf ungefähr 400 Millionen US\$ belaufen haben. Während die angelegten Gelder im Anfangsstadium dieses Marktes (1969) größtenteils auf den Euro-Dollar-Markt abfließen, kommen sie jetzt anscheinend vermehrt auch der Finanzierung regionaler Projekte zugute. Tendenzen in dieser Richtung finden jedenfalls, wie der Finanzminister in seiner letzten Haushaltsrede erklärte, die Unterstützung Singapurs.

Singapurs Handelsbilanz weist ähnlich wie diejenige Hongkongs einen traditionellen Passivsaldo auf, der sich 1970 u. a. infolge der rasch anwachsenden Bezüge an Maschinen noch vergrößert hat. Die Statistik gibt allerdings keinen vollständigen Aufschluß über das tatsächliche Defizit, da die Zahlen über den Handel mit Indonesien nicht veröffentlicht werden. Überdeckt wird der erhebliche Importüberschuß durch Einnahmen aus Dienstleistungen sowie den massiven Zustrom ausländischen Kapitals, so daß die offiziellen *Währungsreserven* in den letzten Jahren ständig zugenommen haben. Sie stellten sich Ende 1970 auf 3556 Millionen S\$ und deckten damit fast die Hälfte der Einfuhren eines Jahres.

Deutsche Ausfuhr 1970: 254,2 (211,0) Millionen DM
 Deutsche Einfuhr 1970: 43,3 (29,1) Millionen DM
 1 Singapur\$ = 1,1956 DM }
 1 DM = 0,8364 S\$ } Stand: 31. 12. 1970

wendung von Kunstdünger eine Rolle spielten. Gute Erträge brachten in erster Linie die Ernten bei Weizen, Reis und Jute.

Das Wachstum des *industriellen Sektors* hat sich demgegenüber während der dritten Planperiode nur verlangsamt fortgesetzt. Die Steigerungsrate der Industrieproduktion blieb auch in 1969/70 mit 7,5 % hinter den Erwartungen zurück. Ursächlich hierfür war einmal der Umstand, daß bestehende Kapazitäten nur schlecht ausgenutzt werden konnten, weil die Rohstoffeinfuhren aus Devisengründen gebremst werden mußten. Zum anderen wurden Neuinvestitionen nicht in dem erwarteten Umfang vorgenommen. Die sich in Arbeitskämpfen äußernde soziale Unzufriedenheit sowie Verstaatlichungsforderungen der großen Parteien blieben auf die Investitionsbereitschaft nicht ohne Einfluß. Die ausländischen Investoren in den letzten Jahren kamen vor allem aus den USA, Großbritannien und Japan. Die deutsche Wirtschaft hat sich bisher mit rund 50 Millionen DM beteiligt. Von der Sowjetunion soll Pakistan wirtschaftliche und technische Hilfe für den Bau des geplanten Hüttenwerks Karachi erhalten.

Eine enttäuschende Entwicklung nahmen 1969/70 die pakistanischen *Exporte*, die lediglich um 1 % zunahmen. Die *Importe* lagen dagegen um 4,1 % über dem Vorjahresstand, so daß sich das pakistanische Handelsbilanzdefizit vergrößerte. Negativ auf die Ausfuhr wirkte sich vor allem der Rückgang der Baumwollexporte aus, wofür eine mäßige Baumwollernte verbunden mit hohem Inlandsverbrauch verantwortlich war. Einen Lichtblick bot wie schon im Vorjahr die Zusammensetzung der Exporte. Der Anteil der Halb- und Fertigwaren stellte sich auf ungefähr 54 (52) % . Fünf Jahre zuvor hatte diese Relation erst bei 32 % gelegen. Die Bundesrepublik Deutschland nahm zuletzt den zweiten Platz unter den Lieferanten und die sechste Stelle unter den Abnehmern ein. Als deutsche Finanzhilfe für das pakistanische Planjahr 1970/71 sind 150 Millionen DM vorgesehen.

Angesichts des unbefriedigenden Ausfuhrrends ergriff die pakistanische Regierung im Juli 1970 weitere Exportförderungsmaßnahmen. Statt einer offenen Abwertung der pakistanischen Rupie, die dem Vernehmen nach von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds befürwortet wird, baute sie das geltende *Bonussystem* aus. Daneben wurde eine sogenannte *Touristen-Rupie* eingeführt. Verbessert haben sich allerdings die sichtbaren Ausfuhren auch in der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres 1970/71 noch nicht, die Stagnationstendenzen bei den Exporterlösen haben vielmehr angehalten. Es ist sogar zu befürchten, daß die Baumwollausfuhren noch-

mals abnehmen. Wenig vielversprechend sind ebenfalls die Aussichten für Jute aufgrund von Unwetter-schäden.

Die pakistanische *Devisenlage* hat sich vor diesem Hintergrund zusehends verschlechtert. Bemerkbar machte sich in diesem Zusammenhang schließlich der verringerte Zufluß an neuer Auslandshilfe. Von den eigenen Deviseneinnahmen mußten im letzten Finanzjahr schätzungsweise 19,2 % für Schuldendienstzahlungen an das Ausland aufgewendet werden. Der erhebliche Rückgang der offiziellen Währungsreserven – von 323 Millionen US\$ Ende 1969 auf 199 Millionen US\$ Ende 1970 – führte naturgemäß zu einer Verstärkung der Spekulationen um eine baldige Paritätsänderung der Rupie.

Pakistan sah sich somit am Schluß des Berichtsjahres nicht nur mit separatistischen Bestrebungen, die die Einheit des Landes gefährden, konfrontiert, sondern auch mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen belastet.

Deutsche Ausfuhr 1970: 414,2 (414,9) Millionen DM
Deutsche Einfuhr 1970: 140,9 (159,4) Millionen DM

1 pak. Rupie = 0,7686 DM }
1 DM = 1,3011 pR } Stand: 31. 12. 1970

SINGAPUR

Als erstaunlichstes Moment bei der Betrachtung der Wirtschaftslage Singapurs fällt auf, daß das Jahr 1970 erneut günstiger verlaufen ist, als es selbst nach optimistischen Voraussagen anzunehmen war. Die wirtschaftliche Wachstumsrate – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – lag bei ungefähr 15 % nach 13,5 % im Vorjahr. Auch am Ende des Berichtsjahres sprachen keine Anzeichen dafür, daß die derzeitige *Hochkonjunktur* Singapurs an Kraft verliert. Mit einem Jahreseinkommen von ca. 700 US\$ besitzt die Bevölkerung der Inselrepublik heute nach Japan den höchsten Lebensstandard in Ostasien.

Mit Ausnahme des Umschlaghandels, der durch die Schwäche des Kautschukmarktes und fallende Exporte nach Süd-Vietnam beeinträchtigt wurde, kamen 1970 alle Wirtschaftsbereiche gut voran. Neben der Bauwirtschaft und dem Tourismus expandierte der *industrielle Sektor* am kräftigsten. Mehr als ein Drittel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums beruhte auf der außerordentlich starken Steigerung der Industrieproduktion. Seinen Niederschlag findet der rasch voranschreitende Industrialisierungsprozeß vor allem in folgenden Zahlen:

- Auf die verarbeitende Industrie entfallen jetzt bereits gut 20 % des Inlandsprodukts. Vor einem Jahrzehnt erreichte dieser Anteil noch keine 10 %.
- Die Direktexporte an Industrieerzeugnissen erhöhten sich 1970 gegenüber 1969 um 35 % auf 1708 Millionen S\$.

II.

Unsere Bank konnte auch im Jahre 1970 wieder in sehr zufriedenstellendem Maße expandieren. Dementsprechend nahmen unsere Bilanzsumme um 22 % auf 178,0 Millionen DM und unser Geschäftsvolumen um 20 % auf 251,1 Millionen DM zu.

Besonders freut uns, berichten zu können, daß wir dabei unserem Ziel der Verstärkung unserer Aktivität im Ausland mit einem von 39 % auf 46 % gewachsenen Anteil der Überseeniederlassungen an der Bilanzsumme unserer Bank erneut einen Schritt näher gekommen sind.

Im einzelnen ergibt sich für die Verteilung der Bilanzsumme folgendes Bild:

Hamburg	54 %	(61 %)
Djakarta	6 %	(4 %)
Hongkong	24 %	(22 %)
Karachi	6 %	(7 %)
Kuala Lumpur	10 %	(6 %)

Ähnlich verlief die Entwicklung des Kreditvolumens sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern.

Kreditvolumen unserer Bank:

Hamburg	63 %	(68 %)
Djakarta	1 %	(1 %)
Hongkong	22 %	(22 %)
Karachi	6 %	(5 %)
Kuala Lumpur	8 %	(4 %)

Verbindlichkeiten unserer Bank gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern:

Hamburg	47 %	(52 %)
Djakarta	7 %	(5 %)
Hongkong	28 %	(28 %)
Karachi	8 %	(9 %)
Kuala Lumpur	10 %	(6 %)

Hauptträger der größeren Geschäftstätigkeit waren wieder in fast allen Betriebsstätten gestiegene Auslandsumsätze, wobei sich besonders erfreuliche Zuwachsraten in den Filialen Djakarta und Kuala Lumpur ergaben.

Im Verfolg der weiteren Ausdehnung unseres Filialnetzes haben wir Ende Oktober bei den Behörden von Singapur eine Lizenz für unsere fünfte Auslandsniederlassung beantragt.

Auf dem Wertpapiersektor konnten wir trotz der im vergangenen Jahr wegen der hohen Zinsen in Deutschland geringeren Emissionstätigkeit des Auslandes wieder bei der Unterbringung verschiedener Anleihen mitwirken. So waren wir im Jahre 1970 im Emissionskonsortium für folgende Anleihen:

8½ % DM-Anleihe The Industrial Bank of Japan Ltd.

8½ % DM-Anleihe The Long-Term Credit Bank of Japan Ltd.

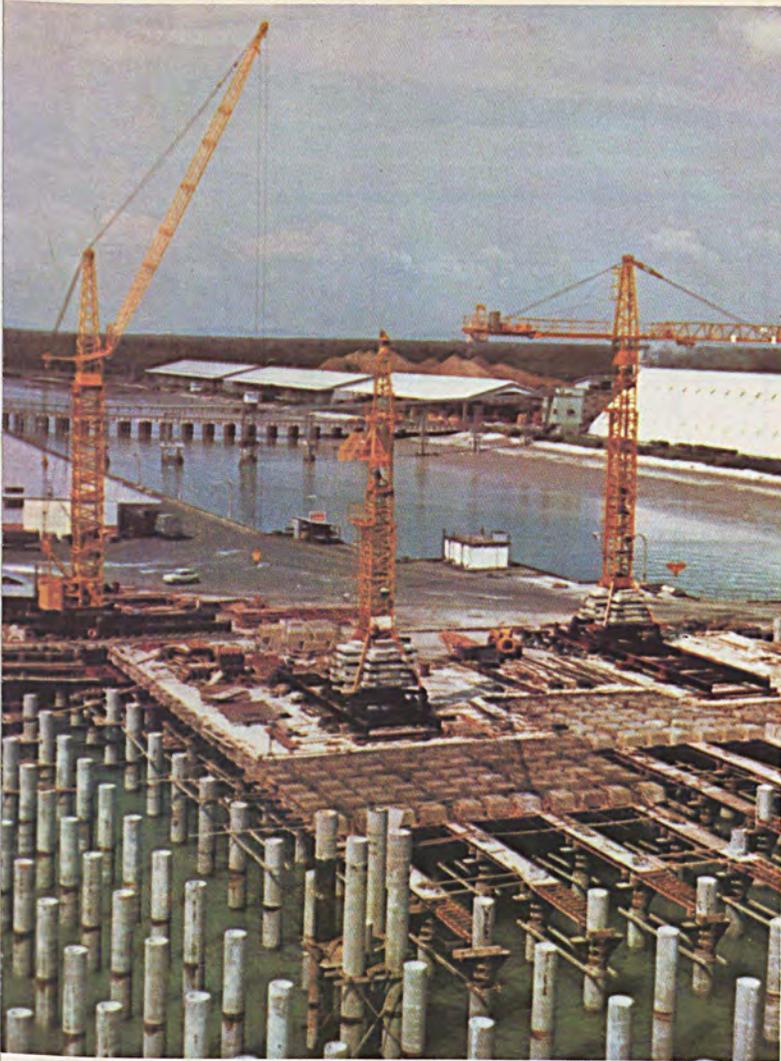
Weiterhin waren wir Mitglied der internationalen Verkaufsgruppe von vier anderen DM-Auslandsanleihen.

Die Beteiligungen der Deutsche Bank AG und der Dresdner Bank AG von jeweils über 25 % am Grundkapital unserer Bank bestanden nach den Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 AktG auch im Berichtsjahr fort.

Die Zahl unserer Mitarbeiter nahm insbesondere durch Neueinstellungen in unserer Filiale Djakarta aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens von 245 auf 278 zu. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ließen wir uns die Aus- und Weiterbildung von Nachwuchskräften durch die Ermöglichung der Teilnahme an fachlichen und sprachlichen Fortbildungskursen besonders angelegen sein. Weiterhin gaben wir wiederum einer Reihe von Mitarbeitern unserer Überseeniederlassungen Gelegenheit zur Weiterbildung in Deutschland.

Die erfolgreiche Geschäftstätigkeit unserer Bank wurde entscheidend durch den tatkräftigen Einsatz unserer Mitarbeiter ermöglicht, wofür wir ihnen auch an dieser Stelle unseren besonderen Dank aussprechen möchten.

Auch die aufgeschlossene und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat unserer Bank möchten wir anerkennend erwähnen.



Malaysia: Hafenausbau Port Swettenham
(mit deutscher Kapitalhilfe)

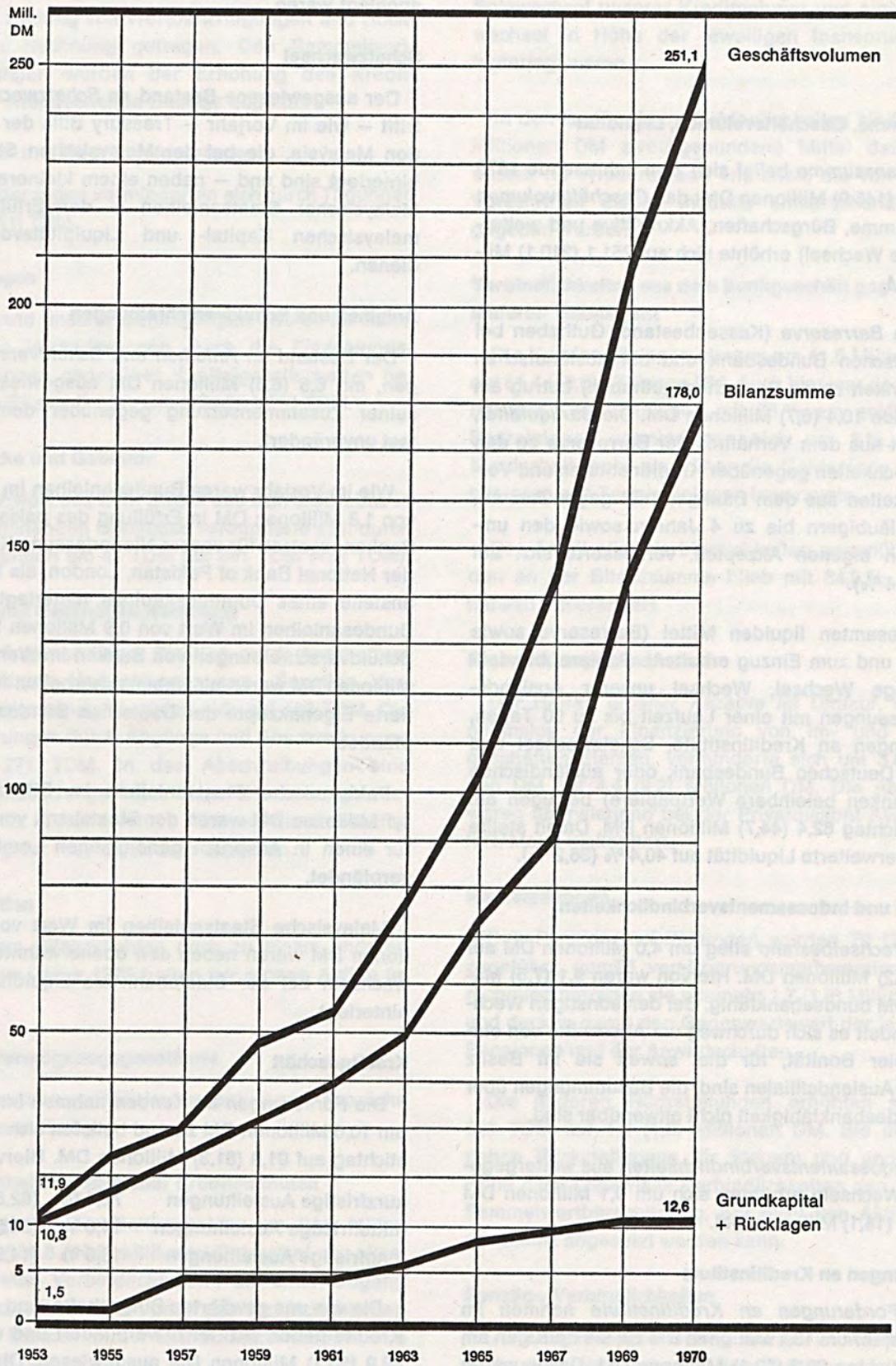


Singapur: Industriezone Jurong Town



Karachi: Ölraffinerie

Entwicklung des Grundkapitals und Rücklagen, der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens.



III.

Zum Jahresabschluß geben wir im einzelnen noch folgende Erläuterungen (Vorjahreszahlen in Klammern):

Bilanzsumme, Geschäftsvolumen, Liquidität

Die *Bilanzsumme* belief sich zum Jahresende 1970 auf 178,0 (145,9) Millionen DM; das *Geschäftsvolumen* (Bilanzsumme, Bürgschaften, Akkreditive und weitergegebene Wechsel) erhöhte sich auf 251,1 (210,1) Millionen DM.

Unsere *Barreserve* (Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und bei ausländischen Staatsbanken sowie Postscheckguthaben) betrug am Jahresende 10,4 (6,7) Millionen DM. Die *Barliquidität*, errechnet aus dem Verhältnis der Barreserve zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern bis zu 4 Jahren sowie den umlaufenden eigenen Akzepten, verbesserte sich auf 6,8 % (5,4 %).

Die gesamten liquiden Mittel (Barreserve sowie Schecks und zum Einzug erhaltene Papiere, bundesbankfähige Wechsel, Wechsel unserer Auslandsniederlassungen mit einer Laufzeit bis zu 90 Tagen, Forderungen an Kreditinstitute, Schatzwechsel und bei der Deutschen Bundesbank oder ausländischen Staatsbanken beleihbare Wertpapiere) betrugen am Bilanzstichtag 62,4 (44,7) Millionen DM. Damit stellte sich die erweiterte Liquidität auf 40,4 % (36,2 %).

Wechsel und Indossamentsverbindlichkeiten

Der *Wechselbestand* stieg um 4,0 Millionen DM auf 39,2 (35,2) Millionen DM. Hiervon waren 9,1 (7,5) Millionen DM bundesbankfähig. Bei den sonstigen Wechseln handelt es sich durchweg um Abschnitte von einwandfreier Bonität, für die, soweit sie im Besitz unserer Auslandsfilialen sind, die Bestimmungen über die Bundesbankfähigkeit nicht anwendbar sind.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln erhöhten sich um 9,1 Millionen DM auf 23,2 (14,1) Millionen DM.

Forderungen an Kreditinstitute

Die *Forderungen an Kreditinstitute* nahmen im Berichtsjahr um 13,1 Millionen DM zu; sie betrugen am Bilanzstichtag 23,2 (10,1) Millionen DM. Davon waren

10,7 (7,5) Millionen DM Fremdwährungs-Nostro Guthaben, die überwiegend im Ausland unterhalten wurden und zum Teil als Sondergeschäft hochverzinslich angelegt waren.

Schatzwechsel

Der ausgewiesene Bestand an *Schatzwechseln* betrifft – wie im Vorjahr – Treasury Bills der Föderation Malaysia, die bei der Malaysischen Staatsbank hinterlegt sind und – neben einem kleineren Posten Malaysischer Staatsanleihen – der Erfüllung der malaysischen Kapital- und Liquiditätsvorschriften dienen.

Anleihen und Schuldverschreibungen

Der Bestand an *Anleihen und Schuldverschreibungen*, mit 6,5 (6,5) Millionen DM ausgewiesen, ist in seiner Zusammensetzung gegenüber dem Vorjahr fast unverändert.

Wie im Vorjahr waren Bundesanleihen im Buchwert von 1,8 Millionen DM in Erfüllung des pakistanischen Bankengesetzes für unsere Niederlassung Karachi bei der National Bank of Pakistan, London, als Sicherheit anstelle eines Dotationskapitals hinterlegt. Weitere Bundesanleihen im Wert von 0,9 Millionen DM sowie Schuldverschreibungen von Banken im Werte von 0,3 Millionen DM waren als Nebensicherheiten für diskontierte Eigenakzente der Deutschen Bundesbank verpfändet.

Pakistanische Staatsanleihen im Bilanzwert von 1,1 Millionen DM waren der Staatsbank von Pakistan für einen in Anspruch genommenen Lombardkredit verpfändet.

Malaysische Staatsanleihen im Wert von 0,1 Millionen DM waren neben den obenerwähnten Schatzwechseln bei der Staatsbank als Liquiditätsreserve hinterlegt.

Kreditgeschäft

Die *Forderungen an Kunden* nahmen im Jahr 1970 um 10,6 Millionen DM zu und beliefen sich am Bilanzstichtag auf 91,9 (81,3) Millionen DM. Hiervon waren:

kurzfristige Ausleihungen	72,4 %	(62,6 %)
mittelfristige Ausleihungen	14,6 %	(22,5 %)
langfristige Ausleihungen	13,0 %	(14,9 %)

Die von uns gewährten Bürgschafts- und Akkreditiv-Kredite haben sich leicht vermindert und werden mit 49,9 (50,1) Millionen DM ausgewiesen. Die Wechsel-

kredite erhöhten sich um 13,1 Millionen DM und beliefen sich am Jahresende auf 62,4 (49,3) Millionen DM.

Allen im Kreditgeschäft erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Den Sammelwertberichtigungen wurden der Erhöhung des Kreditvolumens entsprechende Beträge zugeführt.

Ausgleichs- und Deckungsforderungen

Die Forderungen verminderten sich durch Tilgungen auf 341 (351) TDM.

Beteiligungen

Im Bestand unserer *Beteiligungen* gab es im Jahre 1970 keine Veränderungen. Auch die *Einzahlungsverpflichtungen* gegenüber Kapitalgesellschaften betragen am Bilanzstichtag unverändert 760 TDM.

Grundstücke und Gebäude

Der Buchwert des dem Zweck des Bankbetriebes in Djakarta dienenden Gebäudes verminderte sich durch Abschreibungen um 41 TDM auf 391 TDM (432 TDM).

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Zugänge zu dieser Position durch Anschaffungen und durch Umbuchungen aus „Sonstige Vermögensgegenstände“ beliefen sich auf 468 TDM. Die Verminderungen durch Abgänge und Abschreibungen betragen 271 TDM. In den Abschreibungen sind Bewertungsabschläge nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz in Höhe von 18 TDM auf die Geschäftsausstattung der Filiale Djakarta enthalten.

Eigene Aktien

Weder am Bilanzstichtag noch zu einem anderen Zeitpunkt im Jahre 1970 hatten wir eigene Aktien im Bestand.

Sonstige Vermögensgegenstände

Diese Position enthält im wesentlichen Ansprüche auf Steuererstattung.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Erhöhung der Bankengelder um 24,0 Millionen DM auf 90,8 (66,8) Millionen DM betraf vor allem die befristeten Verbindlichkeiten, die einen Zugang von 49 % aufwiesen. Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Banken an der Bilanzsumme erhöhte sich auf 51 % (46 %).

In den Verbindlichkeiten sind 0,8 (0,8) Millionen DM Refinanzierungsmittel der Pakistanischen Staatsbank zur Förderung des Baumwollexports enthalten, für die Solawechsel unserer Kreditnehmer und eigene Solawechsel in Höhe der jeweiligen Inanspruchnahme hinterlegt waren.

In den langfristigen Verbindlichkeiten sind 2,8 (3,3) Millionen DM zweckgebundene Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau enthalten, die von uns den Vorschriften dieses Instituts entsprechend weitergegeben wurden.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern

Die Kunden-Einlagen stiegen um 11,5 Millionen DM auf 61,4 (49,9) Millionen DM. Auch hier war der Zugang bei den Termineinlagen mit 73 % am größten. Die Spareinlagen verminderten sich um 3 %, da die Kundschaft mehr als früher die Geldanlage in Wertpapieren und Termineinlagen bevorzugte.

Der Anteil aller Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme blieb mit 34,5 % (34,3 %) nahezu unverändert.

Eigene Akzepte im Umlauf

Der Betrag *eigener Akzepte im Umlauf*, die ausnahmslos der Finanzierung von Im- und Exportgeschäften dienen, verminderte sich um 3,8 Millionen DM auf 4,4 (8,2) Millionen DM. Die Abschnitte waren überwiegend bei der Privatdiskont AG, Frankfurt/Main, diskontiert.

Rückstellungen

Den *Pensionsrückstellungen* wurden 79 (30) TDM zugeführt; gemäß versicherungsmathematischer Berechnung betragen sie nunmehr 1,7 (1,6) Millionen DM und decken damit den Gegenwartswert der laufenden Pensionen und der Anwartschaften.

Die anderen Rückstellungen erhöhten sich um 620 TDM auf 1,9 (1,3) Millionen DM. Sie enthalten neben Rückstellungen für Steuern und andere der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten den Teil der Sammelwertberichtigung, der nicht von Aktivposten der Bilanz abgesetzt werden kann.

Sonstige Verbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag enthält im wesentlichen noch nicht abgerechnete Verpflichtungen außerhalb

des Bankgeschäfts sowie zeitliche Buchungsunterschiede zwischen Auslandsfilialen und Korrespondenzbanken.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Durch Inanspruchnahme von Vergünstigungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes konnten wir im Zusammenhang mit der Erhöhung der Kapitalausstattung unserer Niederlassung Djakarta dieser Bilanzposition einen Betrag von 903 TDM zuführen; sie erhöhte sich damit auf 2,6 (1,7) Millionen DM.

Eigene Mittel

Grundkapital und offene Rücklagen werden unverändert mit zusammen 12,6 Millionen DM ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten

Die *Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln*, mit 23,2 (14,1) Millionen DM ausgewiesen, haben sich um 65 % erhöht. Dagegen ergab sich bei den *Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen* eine geringfügige Verminderung auf 49,9 (50,1) Millionen DM.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die *Zinsen und zinsähnlichen Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften* stiegen auf 11,9 (8,0) Millionen DM. Diesen Erträgen standen *Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen* in Höhe von 6,4 (4,2) Millionen DM gegenüber. Damit stieg der Zinsüberschuß auf 5,5 (3,8) Millionen DM.

Die *laufenden Erträge aus Wertpapieren, Schuldbuchforderungen und Beteiligungen* erbrachten 437 (436) TDM.

Die *Provisionen und anderen Erträge aus Dienstleistungsgeschäften* erhöhten sich um 0,9 Millionen DM und betragen 4,2 (3,3) Millionen DM. Nach Abzug der *Provisionen und ähnlichen Aufwendungen* in Höhe von 88 (44) TDM verblieb ein Provisionsüberschuß von 4,1 (3,3) Millionen DM.

Die *Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft* betragen 1,7 Millionen DM (30 TDM) nach den zulässigen Kompensa-

tionen mit entsprechenden Erträgen. Außer dem gestiegenen Kreditvolumen wurde dabei den besonderen wirtschaftlichen Risiken in unserem überseeischen Tätigkeitsbereich Rechnung getragen.

Die *Personalaufwendungen – Gehälter und Löhne, soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung* – erforderten 4,1 (3,4) Millionen DM. Neben einer Zunahme der Mitarbeiterzahl waren Erhöhungen der tariflichen und freiwilligen Leistungen die Ursachen der Steigerung.

Der *Sachaufwand für das Bankgeschäft* erhöhte sich um 0,2 Millionen auf 1,8 (1,6) Millionen DM, im wesentlichen bedingt durch Kosten für zusätzliche Geschäftsräume.

Die *Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung* erforderten 296 (302) TDM. In diesen Zahlen sind Bewertungsabschläge nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz mit 18 (116) TDM enthalten.

Der Aufwand für *Steuern* belief sich auf 502 (1132) TDM, davon 459 (1102) TDM Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen.

Die *Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil* beliefen sich auf 903 (328) TDM. Es handelt sich um eine Rücklage nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kapitals unserer Niederlassung Djakarta.

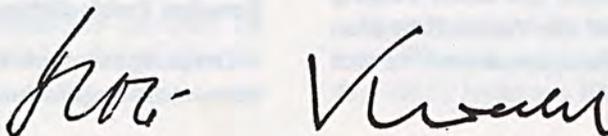
Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1970 einschließlich der im Jahre 1970 gewährten Tantiemen für das Jahr 1969 beliefen sich auf insgesamt DM 312 060,84 (DM 317 770,-). Die Bezüge der früheren Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen betragen DM 122 112,- (DM 102 612,-).

Als feste Bezüge werden insgesamt DM 13 500,- an den Aufsichtsrat gezahlt. Für die veränderliche Aufsichtsratsvergütung sind DM 16 000,- (DM 16 000,-) zurückgestellt.

Wir schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 600 000,- (DM 600 000,-) zur Ausschüttung einer Dividende von 6 % auf das für 1970 dividendenberechtigte Grundkapital von 10 Millionen DM zu verwenden.

Hamburg, im März 1971

DER VORSTAND



Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben uns regelmäßig vom Vorstand über Entwicklung und Geschäftslage sowie über wichtige Einzelvorgänge berichten lassen. Ferner haben wir die aufgrund Gesetzes oder Satzung vom Vorstand zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

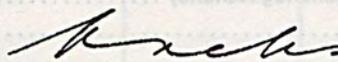
Der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1970 ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft, Bielefeld, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nach § 167 Abs. 1 AktG versehen worden.

Von dem Prüfungsergebnis haben wir zustimmend Kenntnis genommen.

Nach abschließendem Ergebnis unserer Prüfung haben wir gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß, den Geschäftsbericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns keine Einwendungen erhoben. Wir billigen den Jahresabschluß, der damit festgestellt ist.

Hamburg, im Juni 1971

DER AUFSICHTSRAT



Vorsitzender

	DM	DM	31. 12. 1969 TDM
Kassenbestand		732 628,39	522
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		5 861 401,04	4 706
Guthaben bei ausländischen Staatsbanken		3 815 987,88	1 479
Postscheckguthaben		32 287,92	16
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere		2 172 805,16	1 860
Wechsel		39 186 683,37	35 210
darunter: a) bundesbankfähig	DM 9 058 525,96		
b) eigene Ziehungen	DM —,—		
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	6 896 824,97		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
ba) weniger als drei Monaten	12 981 648,28		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	3 302 252,15		
bc) vier Jahren oder länger	—,—	23 180 725,40	10 069
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			
a) des Bundes und der Länder	—,—		
b) sonstige	2 331 950,68	2 331 950,68	2 357
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren			
aa) des Bundes und der Länder	DM —,—		
ab) von Kreditinstituten	DM —,—		
ac) sonstige	DM —,—		
darunter: beleihbar			
bei der Deutschen Bundesbank	DM —,—		
bei ausländischen Staatsbanken	DM —,—		
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren			
ba) des Bundes und der Länder	DM 2 747 625,—		
bb) von Kreditinstituten	DM 341 626,66		
bc) sonstige	DM 3 445 410,73	6 534 662,39	6 483
darunter: beleihbar			
bei der Deutschen Bundesbank	DM 3 089 251,66		
bei ausländischen Staatsbanken	DM 1 139 565,04		
Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
a) weniger als vier Jahren	79 922 077,59		
b) vier Jahren oder länger	11 935 748,50	91 857 826,09	81 263
darunter: ba) durch Grundpfandrechte gesichert	DM —,—		
bb) Kommunaldarlehen	DM —,—		
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand		340 803,96	351
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		3 125,—	4
Beteiligungen		270 000,—	270
darunter: an Kreditinstituten	DM 10 000,—		
Grundstücke und Gebäude		390 934,02	432
Betriebs- und Geschäftsausstattung		629 356,25	432
Sonstige Vermögensgegenstände		498 244,49	226
Rechnungsabgrenzungsposten		161 662,16	224
Summe der Aktiven		178 001 084,20	145 904

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten

a) Forderungen an verbundene Unternehmen	—,—	—
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden	87 595,94	71

	DM	DM	DM	31. 12. 1969 TDM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		45 965 027,23		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	27 305 295,88			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	14 716 553,77			
bc) vier Jahren oder länger	2 827 500,—	44 849 349,65		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 1 730 000,—			
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		11 538,62	90 825 915,50	66 820
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		29 440 857,82		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	7 491 007,76			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	16 952 420,45			
bc) vier Jahren oder länger	444 600,—	24 888 028,21		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 444 600,—			
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 717 162,86			
cb) sonstige	3 040 737,75	5 757 900,61		
d) Spareinlagen bei Auslandsfilialen		1 282 286,99	61 369 073,63	49 907
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			4 386 000,—	8 215
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			3 125,—	4
Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		1 671 711,—		
b) andere Rückstellungen		1 922 419,98	3 594 130,98	2 895
Sonstige Verbindlichkeiten			2 037 432,38	3 052
Rechnungsabgrenzungsposten			2 738,71	131
Sonderposten mit Rücklageanteil			2 582 668,—	1 680
Grundkapital			10 000 000,—	10 000
Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage		1 350 000,—		
b) andere Rücklagen		1 250 000,—	2 600 000,—	2 600
Bilanzgewinn			600 000,—	600
Summe der Passiven			178 001 084,20	145 904

Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	23 229 504,95	14 098
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	49 857 741,37	50 087
Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz	9 714,22	17

AUFWENDUNGEN

Gewinn- und Verlustrechnung

	DM	DM	1969 TDM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		6 429 162,59	4 253
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		88 428,06	44
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1 697 809,03	30
Gehälter und Löhne		3 540 125,14	2 960
Soziale Abgaben		184 186,47	143
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		382 169,21	329
Sachaufwand für das Bankgeschäft		1 820 303,56	1 620
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		295 837,87	302
Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	459 266,81		
b) sonstige	42 635,72	501 902,53	1 132
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		902 836,17	328
Sonstige Aufwendungen		181 670,94	42
Jahresüberschuß		600 000,—	600
Summe der Aufwendungen		16 624 431,57	11 783

Jahresüberschuß	
Entnahmen aus offenen Rücklagen	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen	
Bilanzgewinn	

Im Berichtsjahr wurden DM 231 464,86 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an den Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a.G.), Berlin, geleistet. Für die folgenden fünf Geschäftsjahre rechnen wir mit Versorgungszahlungen in Höhe von 100 %, 105 %, 108 %, 105 % und 102 % dieses Betrages.

Hamburg, im März 1971

DEUTSCH-ASIATISCHE BANK

Groß Vormwald

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1970

ERTRÄGE

	DM	DM	1969 TDM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		11 964 395,59	8 047
Laufende Erträge aus			
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	436 340,06		
b) anderen Wertpapieren	—,—		
c) Beteiligungen	1 000,—	437 340,06	436
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		4 156 581,05	3 300
Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		64 594,87	—
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter „Andere Erträge“ auszuweisen sind		1 520,—	—
Summe der Erträge		16 624 431,57	11 783

DM	1969 DM
600 000,—	600 000,—
—,—	—,—
—,—	—,—
600 000,—	600 000,—

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, den 8. Juni 1971

TREUVERKEHR AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Nebendorf
Wirtschaftsprüfer

Dr. Kühl
Wirtschaftsprüfer